

Haushaltsrede der UWV-Fraktion zum Haushalt 2013

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates
sehr geehrter Herr Dr. Friedl,

wir haben seit Juni 2012 in diversen Fraktionsvorsitzendenrunden an der Haushaltskonsolidierung gearbeitet. Mit diesem – aus unserer Sicht sehr wichtigen Teil unserer politischen Verantwortung – haben wir einen Weg aus der desaströsen Haushaltssituation aufgezeigt. Sicher gibt es aus unserer Sicht noch mehr Möglichkeiten, die Haushaltssituation weiter zu verbessern, z.B. im Bereich der freiwilligen Leistungen. Dies ist immer schwer, denn niemand trennt sich gerne von lieb gewonnenen Standards, trotzdem ist auf diesem Sektor noch etwas möglich.

Steuererhöhungen wurden in all den Jahren unserer politischen Arbeit von uns abgelehnt. Warum haben wir den Steuererhöhungen gerade jetzt zugestimmt?

Nach gründlicher Prüfung und vielen Diskussionen sind wir in unserer Fraktion zu dem Schluss gekommen, dass wir an allen denkbaren Stellschrauben drehen müssen, um etwas zu bewegen. Hier waren wir mit allen Fraktionen einer Meinung, dass sich dies nicht nur auf moderate Steuererhöhungen beschränken darf.

Deshalb unterstützt die UWV auch den Vorschlag der Verwaltung, die Erhöhung der Gewinnausschüttung der EUGEBAU in den städtischen

Haushalt voranzutreiben. Wir legen allerdings großen Wert darauf, dass dies nicht durch Mietgegenfinanzierung geschieht.

Ähnliches gilt für die SVE. Auch hier begrüßen wir die geplante Erhöhung der Gewinnabführung zugunsten des städtischen Haushalts.

Eine evtl. Konzessionsabgabe Wasser lehnen wir jedoch grundsätzlich ab.

Im Stellenplan ist der anstehende demographische Wandel bereits perspektivisch berücksichtigt. Die leichte Erhöhung der Stellen an sich – normalerweise wäre das für uns ein Einsparungsansatz – resultiert hauptsächlich daraus, dass wir in Euskirchen – im Gegensatz zu anderen Kommunen – die Kindertagesstätten noch in eigener Trägerschaft betreiben. Eine Ausgliederung der Kindertagesstätten reduziert nur die Kopfzahl der Bediensteten, nicht aber die Kosten. Denn irgendjemand muss die Kosten zahlen, ob Sach- oder Personalkosten. Jede zusätzliche eingeschaltete Institution macht die Sache nicht billiger. Alle entsprechenden Ausführungen von Auslagerungen sind gut gemachte „Augenwischereien“. Einmal abgesehen von der Daseinsvorsorge in diesem Bereich.

Den größten Posten unserer finanziellen Belastungen stellt inzwischen mit ca. 37 Mio. EUR die Kreisumlage dar und hat damit sogar die Personalkosten weit hinter sich gelassen.

Frage: Wofür?

Bis auf das Jugendamt und die Zulassungsstelle kann die Stadt Euskirchen alles andere vorweisen. So haben wir beispielsweise unser eigenes Bauamt. Und dafür zahlen wir ca. 37 Mio. Euro? Dies ist auch den Bürgern schwer zu erklären.

Uns ist es trotz des „Sparhaushaltes“ wichtig, die Projekte MOSES sowie die Schulsozialarbeit an der Georgschule zu erhalten, weil wir überzeugt sind, langfristig durch diese Arbeit Kosten zu sparen. Eine andere Geldquelle – die wir zur Finanzierung dieser Projekte sehr gut gebrauchen könnten – wäre die Senkung der Kreisumlage um 2 % .

Wir schlagen daher vor, jedes einzelne Kreistagsmitglied aufzufordern, sich seiner Verantwortung für die Menschen im Kreis Euskirchen zu stellen und sich für die Senkung der Kreisumlage einzusetzen. Dies würde für die Stadt Euskirchen eine Kostensenkung von ca. 1 – 1,5 Mio. EURO bedeuten. Es ist hier nicht damit getan, dass der Bürgermeister den Landrat anschreibt, sondern dass jede Fraktion ihre Kreistagsmitglieder Auge in Auge dazu auffordert.

Im letzten Jahr haben wir dem Haushaltsplanentwurf zugestimmt, unter der Voraussetzung des Verkaufs des City-Forums und der Umsetzung der Prioritätenliste. Die Zustimmung zum aktuellen Haushaltsplanentwurf erfolgt unter dem Vorbehalt, dass diese Beschlüsse auch entsprechend umgesetzt werden.

Die Beratungen für diesen Haushalt waren – zumindest aus meiner Sicht – konstruktiv und zielführend. Diese Art der Arbeit zum Wohle der Bürger wünschen wir uns auch für die Zukunft.

Wir in Euskirchen sind uns unserer Verantwortung den Bürgern gegenüber bewusst und nehmen diese sehr ernst.

Ich hoffe, dass dies auch für die Kolleginnen und Kollegen im Kreistag gilt!

Susanne Daniel

-Fraktionsvorsitzende-

(es gilt das gesprochene Wort)